



Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG)

Bericht und Antrag des Obergerichts
vom 25. Februar 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Hiermit unterbreiten wir Ihnen einen Antrag auf Änderung von § 5 und § 8 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG¹). Dazu erstatten wir Ihnen den nachstehenden Bericht, den wir wie folgt gliedern:

1. In Kürze
2. Ausgangslage
3. Handlungsbedarf
4. Ergebnis der Vernehmlassung
5. Änderung § 5 EG SchKG
6. Änderung § 8 EG SchKG
7. Finanzielle Auswirkungen
8. Zeitplan
9. Antrag

1. In Kürze

§ 5 EG SchKG soll dahingehend geändert werden, dass die Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs das Fähigkeitszeugnis für Betreibungsbeamtinnen oder Betreibungsbeamte bzw. deren Stellvertreterin oder Stellvertreter künftig nicht mehr auf Grundlage einer kantonalen Prüfung, sondern der bestandenen eidgenössischen Berufsprüfung Fachfrau/Fachmann Betreibung und Konkurs, Fachrichtung Betreibung, ausstellt. Wie unter dem geltenden Recht soll die Aufsichtsbehörde weiterhin die Möglichkeit haben, das Fähigkeitszeugnis auch Personen auszustellen, welche über vergleichbare Prüfungsausweise verfügen oder sich auf andere Weise über ihre fachliche Befähigung ausgewiesen haben. Weiter soll auf Anregung der Volkswirtschaftsdirektion § 8 EG SchKG, welcher die Ernennung der Konkursbeamtin oder des Konkursbeamten, d.h. der Amtsleitung des Konkursamts, und deren Stellvertreterin oder Stellvertreter regelt, neu formuliert und an die heutige Anstellungspraxis angepasst werden.

2. Ausgangslage

Gemäss § 4 Abs. 1 EG SchKG kann zur Betreibungsbeamtin bzw. zum Betreibungsbeamten oder zur Stellvertreterin bzw. zum Stellvertreter ernannt werden, wer das Fähigkeitszeugnis der Aufsichtsbehörde besitzt. In § 5 Abs. 1 EG SchKG wird sodann festgehalten, dass das Fähigkeitszeugnis in der Regel aufgrund einer von der Bewerberin oder dem Bewerber abgelegten

¹ BGS 231.1

Prüfung ausgestellt wird. Diese Prüfung kann Personen, die über gleichwertige Prüfungsausweise verfügen oder sich in anderer Weise über ihre fachliche Befähigung ausgewiesen haben, ganz oder teilweise erlassen werden (vgl. § 5 Abs. 2 EG SchKG). In der Verordnung der (damaligen) Justizkommission des Obergerichts über die Prüfung der Betreibungsbeamten vom 19. Juni 1998 wird die Zusammensetzung der Prüfungskommission sowie die Durchführung und Bewertung der Prüfung aufgrund der Delegationsvorschrift in § 5 Abs. 3 EG SchKG im Einzelnen geregelt. Die kantonale Prüfungskommission für Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamte kam letztmals im Jahr 2013 zum Einsatz.

3. Handlungsbedarf

Die Regelung in § 5 EG SchKG zur kantonalen Prüfung der Betreibungsbeamten stammt aus dem Jahr 1997 (ergänzt um einen Absatz 4 betreffend Anfechtung des Prüfungsergebnisses im Jahr 2011). Damals gab es die eidgenössische Berufsprüfung in Betreuung und Konkurs noch nicht, weshalb ein Bedürfnis nach einer kantonalen Prüfung bestand. Wie die geringe Anzahl Prüfungen in den letzten acht Jahren zeigt, hat sich die Situation geändert. Mit der Einführung des eidgenössischen Fachausweises wurde die kantonale Prüfung obsolet, gewährleistet doch die eidgenössische Prüfung eine solide Ausbildung der Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamten. So hat die II. Beschwerdeabteilung des Obergerichts als Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs seit 2014 13 Fähigkeitszeugnisse als Betreibungsbeamtin oder Betreibungsbeamter bzw. deren Stellvertreterin oder Stellvertreter ausgestellt, wobei keiner der Bewerberinnen oder Bewerber die kantonale Prüfung absolviert hat. Kommt hinzu, dass der kantonalen Prüfungskommission aufgrund der wenigen abzunehmenden Prüfungen die Praxis fehlt. Schliesslich besteht Handlungsbedarf auch im Interesse eines "schlanken Staates". Das EG SchKG soll nicht mit Regelungen, welche bloss noch toter Buchstabe sind, belastet werden. Daher sind die kantonale Prüfung der Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamten und damit einhergehend die kantonale Prüfungskommission mittels einer Gesetzesänderung abzuschaffen.

4. Ergebnis der Vernehmlassung

Die im Kantonsrat vertretenen politischen Parteien, der Regierungsrat, die Einwohnergemeinden, die Betreibungsämter sowie das Konkursamt wurden eingeladen, sich im Rahmen der Vernehmlassung zur vorgeschlagenen Änderung von § 5 EG SchKG zu äussern.

Die Vernehmlassungsteilnehmenden sind mit der vorgeschlagenen Revision von § 5 EG SchKG einverstanden und begrüssen die Gesetzesänderung. Die SVP Kanton Zug, die Einwohnergemeinde Steinhausen, die Stadt Zug sowie das Betreibungsamt Zug merkten zudem an, es stelle sich die Frage, weshalb im EG SchKG als Voraussetzung zur Ernennung zum Konkursbeamten oder zur Konkursbeamtin kein Fähigkeitszeugnis verlangt werde. Die Berufsprüfung Fachfrau/Fachmann Betreuung und Konkurs könne auch in der Fachrichtung Konkurs abgeschlossen werden.

5. Änderung § 5 EG SchKG

Gemäss Erläuterungen des Schweizerischen Verbands Berufsprüfung Betreuung und Konkurs (SVBBK) sind Inhaber des Fachausweises Betreuung und Konkurs befähigt, die ihnen vom Gesetzgeber auferlegten Aufgaben, unbestrittene oder gerichtlich festgestellte Ansprüche, welche auf Geldleistung oder Sicherheit lauten, zwangsweise durchzusetzen. Im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen sind sie im Stande, anspruchsvolle betriebswirtschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Hinzu kommt eine zusätzliche Qualifizierung anhand der Vertiefungsrichtung (Betreibung oder Konkurs). Der eidgenössische Fachausweis bescheinigt mithin die Fähigkeit der Inhaberin oder des Inhabers zur Führung eines Betreibungsamtes. Aufgrund dessen ist es naheliegend und sachgerecht, dass die kantonale Aufsichtsbehörde bei der Ausstellung des Fähigkeitszeugnisses auf die bestandene eidgenössische Berufsprüfung Fachfrau/Fachmann Betreuung und Konkurs, Fachrichtung Betreuung, abstellt. Für eine eigene kantonale Prüfung besteht kein Bedürfnis mehr.

Wie bereits unter dem geltenden Recht soll weiterhin die Möglichkeit bestehen, das Fähigkeitszeugnis auch Personen auszustellen, welche über vergleichbare Prüfungsausweise verfügen (z.B. der Kantone Zürich [Verordnung des Obergerichts über den Wahlfähigkeitsausweis für Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamte vom 18. Juni 2008; LS 281.51] oder Aargau [Verordnung über die Prüfung zum Erwerb des Fähigkeitsausweises zur Führung eines Betreibungsamtes vom 28. September 2005; SAR 231.211]) oder sich auf andere Weise (beispielsweise durch lange, einschlägige Berufserfahrung) über ihre fachliche Befähigung ausgewiesen haben.

Auch wenn – grundsätzlich – die eidgenössische Prüfung (Fachausweis) die Grundlage dafür bildet, bleibt es dabei, dass die II. Beschwerdeabteilung des Obergerichts als Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs ein kantonales Fähigkeitszeugnis ausstellt, welches für die Ernennung zur Betreibungsbeamtin oder zum Betreibungsbeamten bzw. deren Stellvertreterin oder Stellvertreter erforderlich ist. Mit der Ausstellung dieses kantonalen Fähigkeitsausweises bestätigt die Aufsichtsbehörde, dass die fachlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

§ 5 Abs. 3 und 4 EG SchKG, welche Bestimmungen zur kantonalen Prüfung enthalten, sind ersatzlos zu streichen. Damit entfällt die Verordnungskompetenz der Aufsichtsbehörde und die Verordnung der Justizkommission des Obergerichts über die Prüfung der Betreibungsbeamten vom 19. Juni 1998 ist ebenfalls aufzuheben.

Wir beantragen daher, die Absätze 3 und 4 von § 5 EG SchKG aufzuheben und die Absätze 1 und 2 von § 5 EG SchKG wie folgt zu ändern:

§ 5 EG SchKG Fähigkeitszeugnis

1 Das Fähigkeitszeugnis wird in der Regel aufgrund der von der Bewerberin oder vom Bewerber bestandenen eidgenössischen Berufsprüfung Fachfrau/Fachmann Betreuung und Konkurs, Fachrichtung Betreuung, ausgestellt.

2 Die Aufsichtsbehörde kann das Fähigkeitszeugnis auch Personen ausstellen, die über vergleichbare Prüfungsausweise verfügen oder sich in anderer Weise über ihre fachliche Befähigung ausgewiesen haben.

6. Änderung § 8 EG SchKG

Im Nachgang zum Vernehmlassungsverfahren zu § 5 EG SchKG beantragte die Volkswirtschaftsdirektion im Zusammenhang mit der vorliegenden Teilrevision des EG SchKG eine Überarbeitung von § 8 EG SchKG. Zur Begründung führte sie aus, dieser entspreche in seiner aktuellen Fassung, welche per 1. Januar 1997 in Kraft getreten sei, nicht der heutigen Anstellungspraxis. Seit dem 1. Januar 2014 seien die Zuständigkeiten zur Anstellung an die Direktionen delegiert worden (mit der Möglichkeit der Subdelegation), wobei die Kompetenz zur Anstellung von Amtsleitenden ausdrücklich beim Regierungsrat verblieben sei (§ 1 Abs. 4 Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals, Personalgesetz, PG²). Daraus folge, dass der Leiter oder die Leiterin des Konkursamtes, d.h. die Amtsleitung des Konkursamtes, (weiterhin) vom Regierungsrat angestellt werde, die weiteren Mitarbeitenden jedoch von der Amtsleitung, da die Volkswirtschaftsdirektion von der Möglichkeit der Subdelegation Gebrauch gemacht habe (Verfügung über die Regelung der Zuständigkeit betreffend individuelle Personalgeschäfte bei der Volkswirtschaftsdirektion³). § 8 EG SchKG sei entsprechend anzupassen. Das Obergericht teilt diese Auffassung und beantragt daher, § 8 EG SchKG wie folgt zu ändern:

§ 8 EG SchKG Wahl

1 Der Regierungsrat wählt die Amtsleitung des Konkursamtes.

2 Der Regierungsrat orientiert die Aufsichtsbehörde über die Wahl.

Die im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu § 5 EG SchKG aufgeworfene Frage, weshalb im EG SchKG als Voraussetzung zur Ernennung als Konkursbeamten oder Konkursbeamtin kein Fähigkeitszeugnis verlangt werde, wurde der Volkswirtschaftsdirektion zur Stellungnahme unterbreitet. Diese führte aus, der Fachausweis Betreuung und Konkurs mit Fachrichtung Konkurs befähige nicht per se dazu, den Job als Konkursbeamter im Kanton Zug auszuüben; insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass das Handelsregisteramt und das Konkursamt als ein Amt geführt würden. Bis anhin habe der Regierungsrat – als zuständige Anstellungsbehörde für Amtsleitende – höher qualifizierte Bewerber angestellt. Der aktuelle Amtsleiter verfüge nebst einem Abschluss in den Rechtswissenschaften über das Anwaltspatent. Der Fachausweis werde beim Konkursamt intern für keine Funktion vorausgesetzt. Es werde allerdings begrüsst, wenn Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter diese Weiterbildung mitbringen oder besuchen würden, nachdem sie ihre Arbeit aufgenommen hätten. Wie die Volkswirtschaftsdirektion in ihrer Stellungnahme weiter festhält, ist der Fachausweis Betreuung und Konkurs mit Fachrichtung Konkurs für die Position des Amtsleiters des (Handelsregister- und) Konkursamtes weder zureichend noch erforderlich. Das Obergericht teilt diese Auffassung. Auf eine entsprechende Änderung des Gesetzes ist deshalb zu verzichten.

7. Finanzielle Auswirkungen

Aufgrund der vorgeschlagenen Änderungen sind keine finanziellen Auswirkungen zu erwarten, da in den letzten acht Jahren ohnehin keine kantonale Prüfung der Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamten mehr durchgeführt wurde und mit der Änderung von § 8 EG SchKG lediglich der Gesetzestext an die bereits geltende Anstellungspraxis angepasst wird.

² BGS 154.21

³ BGS 153.735

8. Zeitplan

31. März 2022	Kommissionsbestellung (Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission: § 19 Abs. 5 GO KR)
April 2022	Kommissionssitzung
Mai 2022	Kommissionsbericht
30. Juni 2022	Kantonsrat, 1. Lesung
25. August 2022	Kantonsrat, 2. Lesung
2. September 2022	Publikation Amtsblatt
2. November 2022	Ablauf Referendumsfrist
12. März 2023	Allfällige Volksabstimmung
	Inkrafttreten nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder im Falle eines Referendums nach der Annahme durch das Volk

9. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, auf die Vorlage Nr. 3379.2 - 16882 einzutreten und ihr zuzustimmen.

Zug, 25. Februar 2022

Mit vorzüglicher Hochachtung
Obergericht des Kantons Zug

Der Präsident: Felix Ulrich

Die stv. Generalsekretärin: Fabienne Wiget